



Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben

Herr Thomas Wandersleb                      SPD-Fraktion                      bis 20:15 (TOP 16)

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung (§ 19 Abs. 4 GeschO)

-/-

Entschuldigt fehlen

Herr Jörg-Rüdiger Schütz                      CDU-Fraktion  
Herr Bernd Diekmann                      SPD-Fraktion

Verwaltung

Herr Wörmann	Umweltamt	(zu TOP 6, 7 und 8)
Frau Wocken	Bauamt	(zu TOP 10)
Herr Klemme	Amt für Verkehr	(zu TOP 11, 12, 13 und 21)
Herr Günther	Stab Dezernat 2	(zu TOP 14)
Herr Pötting	Amt für Schule	(zu TOP 14)
Frau Binder-Kruse	Bauamt	(zu TOP 25 und 26)
Herr von Neumann-Cosel	Bauamt	(zu TOP 26)
Herr Daube	Bezirksamt Heepen	
Herr Skarabis	Bezirksamt Heepen	
Herr Lötzke	Bezirksamt Heepen	Schriftführer

Externe

-/-

## **Öffentliche Sitzung:**

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung:**

Bezirksbürgermeister Sternbacher eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Im Anschluss teilt er mit, dass die Verwaltung darum gebeten habe, die Beratung des Tagesordnungspunktes 5 (Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/H20 "Ortskern Heepen-Erweiterung" und 214. Änderung des Flächennutzungsplanes "Zentrum Heepen") abzusetzen.

Die Bezirksvertretung stimmt zu.

Die von der Bezirksvertretung genehmigte geänderte Tagesordnung wird sodann wie folgt erledigt:

### **Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Heepen**

Herr Gran (Einwohner des Stadtteils Brönninghausen) verweist auf die von der Bezirksvertretung gefassten Beschlüsse, an der Evenhausener Straße einen durchgängigen Radweg anzulegen und im Zuge des Baus der Tank- und Rastanlage Brönninghausen Lärmschutzanlagen vorzusehen. Er fragt nach dem Sachstand. Weiter stellt er fest, dass in letzter Zeit immer häufiger Motorradfahrer zu beobachten seien, die die Evenhausener Straße mit einer Geschwindigkeit von mehr als 100 km/h befahren. Vor dem Hintergrund der von diesen Verkehrsteilnehmern ausgehenden Gefahren fragt er, ob es möglich sei, die Motorradfahrer durch geeignete Maßnahmen daran zu hindern, die Straße mit überhöhter Geschwindigkeit zu befahren.

Bezirksbürgermeister Sternbacher erläutert, dass die Bezirksvertretung Heepen den Radwegebau im angesprochenen Bereich unterstütze und alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutze, die Realisierung zu beschleunigen.

Herr Daube führt - bezogen auf die für den Bereich der Tank- und Rastanlage geforderten Lärmschutzmaßnahmen - aus, dass vom Eigentümer der zwischen der Tank- und Rastanlage und der Salzufler Straße liegenden Flächen beabsichtigt werde, einen privaten Lärmschutzwall anzulegen. Darüber hinaus seien vom Straßenbaulastträger im Bereich der Tank- und Rastanlage entsprechende Lärmschutzmaßnahmen geplant. Die Frage, inwieweit gegen Motorradfahrer, die die Evenhausener Straße mit überhöhter Geschwindigkeit befahren, vorgegangen werden kann, werde an die Straßenverkehrsbehörde mit der Bitte um Beantwortung weitergeleitet.

Herr Meyer zu Stieghorst (Anwohner der Evenhausener Straße) nimmt Bezug auf im Bereich der Evenhausener Straße durchgeführte Verkehrszählungen und fragt, ob aktuelle Zahlen vorliegen. Er weist darauf hin, dass es vor dem Hintergrund des Verkehrslärmes der Evenhausener Straße inzwischen nicht mehr möglich sei, Wohnungen zu vermieten. Abschließend übt er Kritik an dem

Bauvorhaben „Wohnen im Pastorengarten“. Dieses Bauvorhaben entspreche seines Erachtens nicht dem Heeper Ortsbild.

Herr Daube führt aus, dass sobald aktuelle Ergebnisse zu den im Bereich der Evenhausener Straße durchgeführten Verkehrszählungen vorliegen, diese der Bezirksvertretung Heepen und Herrn Meyer zu Stieghorst zur Kenntnis gegeben werden.

Da keine weiteren Einwohnerfragen gestellt werden, schließt Bezirksbürgermeister Sternbacher die Einwohnerfragestunde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 13.10.2011 - öffentlich - TOP 1 \*

---

## **Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 19. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 15.09.2011**

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) nimmt Bezug auf die Beratung zur Anlage von Kleingewässern und Feuchtblänken in der Johannisbachaue (vgl. BV Heepen - 15.09.2011 - TOP 7 - Drucksache 2908/2009-2014). Stellvertretender Bezirksbürgermeister Rüter habe darauf hingewiesen, dass die geplanten Maßnahmen im Bereich des u. U. künftig zu realisierenden Untersees liegen und gefragt, ob die „Untersee-Option“ durch diese Maßnahmen tangiert werde. Stellvertretender Bezirksbürgermeister Rüter halte es für erforderlich, darauf hinzuweisen, dass der Erhalt der „Untersee-Option“ vom Rat der Stadt ausdrücklich beschlossen wurde.

Bezogen auf die Beratung zur Neuaufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes III/Bra 4.1 „Discounter Braker Straße / Am Damm“ (vgl. BV Heepen - 15.09.2011 - TOP 12 - Drucksache 2907/2009-2014) habe die CDU-Fraktion den Antrag gestellt, im Rahmen der Neuaufstellung des Bebauungsplanes einen Kreisverkehrsplatz im Bereich der Braker Straße / Grundstraße bzw. Braker Straße - Naggertstraße in die Planungen einzubeziehen und im Zuge der Durchführung des Vorhabens - zumindest provisorisch - zu realisieren. Die Niederschrift treffe keine Aussage zum Ergebnis der Beschlussfassung.

Herr Daube stellt fest, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung von der Bezirksvertretung einstimmig abgelehnt wurde. Vor diesem Hintergrund erfolgte keine Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion. Seines Erachtens sei der Niederschrift jedoch zu entnehmen, dass sich alle Bezirksvertretungsmitglieder einvernehmlich der Forderung der CDU-Fraktion angeschlossen haben und darüber hinaus auch der Vertreter der Fachverwaltung die Anlage eines Kreisverkehrsplatzes aus fachlicher Sicht

befürwortet habe. Er gehe daher davon aus, dass - sollte das Vorhaben erneut zur Beratung vorgestellt werden - die Anlage des Kreisverkehrsplatzes in die Planung einbezogen werde.

Nach kurzer Diskussion stimmt die Bezirksvertretung darin überein, dass die Anlage des Kreisverkehrsplatzes als von der Bezirksvertretung beschlossen zu betrachten sei.

Die Bezirksvertretung nimmt die von Herrn Dr. Elsner angesprochenen Punkte zur Kenntnis. Im Anschluss ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 19. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 15.09.2011 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 13.10.2011 - öffentlich - TOP 2 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 3 Mitteilungen**

### **I. Schriftliche Mitteilungen**

#### **3.1 Einleitungen in den Johannisbach (vgl. BV Heepen - 15.09.2011 - TOP 1)**

Den Mitteilungen beigefügt ist die Stellungnahme des Geschäftsbereiches Stadtentwässerung des Umweltbetriebes vom 20.09.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 13.10.2011 - öffentlich - TOP 3.1 \*

-.-.-

#### **3.2 Verlängerung der Leistungsverträge (Offene Kinder- und Jugendarbeit, Stadtteilprojekte, FZZ Baumheide und Stieghorst) ab 01.01.2012 um**

---

Den Mitteilungen beigelegt ist ein Abdruck des Antrages der Ampel-Koalition Drucksache 2544/2009-2014 vom 19.04.2011 und ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.06.2011.

*Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) stellt fest, dass der den Bezirksvertretungsmitgliedern vorliegende Antrag die Aussage treffe bzw. den Eindruck vermittele, dass das Angebot für Kinder und Jugendliche insgesamt ausreichend sei. Sie teile diese Auffassung nicht. Ihres Erachtens sei das Angebot nicht ausreichend. Vor diesem Hintergrund sei es erforderlich, weiterhin Verbesserungen des Angebotes anzustreben.*

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 13.10.2011 - öffentlich - TOP 3.2 \*

-.-.-

### **3.3**

#### **Einladung zur Vernissage**

Mit den Sitzungsunterlagen haben alle Bezirksvertretungsmitglieder die Einladung zur Vernissage „Mamiko Takayanagi: Happy Solitude Ölmalerei“ am 19.10.2011 um 19:00 Uhr in der Galerie in der Alten Vogtei erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 13.10.2011 - öffentlich - TOP 3.3 \*

-.-.-

### **3.4**

#### **LKW-Haltverbot in der Donauschwabenstraße (vgl. BV Heepen - 07.07.2011 - TOP 5.8)**

Den Mitteilungen beigelegt ist die Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde vom 19.09.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 13.10.2011 - öffentlich - TOP 3.4 \*

-.-.-

### **3.5 Verlängerung der Stadtbahnlinie 2 in Richtung Milse-Ost**

Mit den Sitzungsunterlagen haben der Bezirksbürgermeister, der stellv. Bezirksbürgermeister, die Fraktionen und die Vertreter der Parteien einen Abdruck des Schreibens des Heimat und Geschichtsvereins Milse e. V. vom 19.09.2011 erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 13.10.2011 - öffentlich - TOP 3.5 \*

-.-.-

## **II. Mündliche Mitteilungen**

### **3.6 Fahrradweg und Ortseingang- bzw. Ortsausgangsschild an der Braker Straße**

Herr Daube verweist auf das allen Bezirksvertretungsmitgliedern mit Schreiben vom 11.10.2011 übersandte bzw. überreichte Schreiben von Herrn Herbert Brix, Borkumweg 14, 33729 Bielefeld, vom 26.08.2011 (im Bezirksamt eingegangen am 30.09.2011).

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 13.10.2011 - öffentlich - TOP 3.6 \*

-.-.-

### **3.7 Abbindung der Zirkelstraße**

Herr Daube verweist auf die mit Schreiben vom 11.10.2011 allen Bezirksvertretungsmitgliedern übersandte bzw. überreichte Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde vom 06.10.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 13.10.2011 - öffentlich - TOP 3.7 \*

-.-.-

3.8

### **Ziemannsweg in Brake**

Herr Daube informiert darüber, dass von der Straßenverkehrsbehörde im Ziemannsweg ein Verkehrszähler aufgestellt wurde. Sobald das Auswertungsergebnis der Verkehrszählung vorliege, werde die Verwaltung die Bezirksvertretung über das Ergebnis unterrichten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 13.10.2011 - öffentlich - TOP 3.8 \*

-.-.-

3.9

### **Tempo 30 auf der Glückstädter Straße**

Herr Daube teilt mit, dass die Straßenverkehrsbehörde aufgrund der bei Festlegung des Tempo 30-Bereiches zu berücksichtigenden schwierigen Abhängigkeiten in Kürze ein Gespräch mit einem Vertreter der Bezirksregierung Detmold führen werde. Sobald ein Ergebnis vorliege, werde die Bezirksvertretung unterrichtet.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 13.10.2011 - öffentlich - TOP 3.9 \*

-.-.-

3.10

### **Feldscheunen im Bereich der Robert-Nacke-Straße bzw. Wiesenstraße**

Herr Daube informiert darüber, dass die zum Abbruch stehenden Feldscheunen bisher noch nicht abgebrochen werden konnten, da seitens des Immobilienservicebetriebes noch Abstimmungsgespräche (u. a. mit dem Heimat- und Geschichtsverein Milse) zu führen waren. Der Immobilienservicebetrieb habe inzwischen auf Anfrage mitgeteilt, dass der Abbruch in Kürze erfolgen werde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

**Zu Punkt 4 Anfragen**

**Zu Punkt 4.1 Verkehrsentlastung für Oldentrup**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3139/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der SPD-Fraktion:

*Die Bezirksvertretung hat sich bereits mehrmals mit verschiedenen Konzepten zur Verkehrsentlastung in Oldentrup beschäftigt. Der Empfehlung der Bezirksvertretung Heepen folgend hat der Stadtentwicklungsausschuss beschlossen, mehrere Varianten zu prüfen.*

*In der Neuen Westfälischen vom 07.09.2011 war zu lesen, dass sich inzwischen der Landschaftsbeirat mit dem Thema befasst hat und unter Aspekten des Natur- und Landschaftsschutzes eine Variante bevorzugt.*

*Der SPD-Fraktion geht es vor allem darum, dass die Menschen in Oldentrup schnell, effektiv und unter vertretbarem Kostenaufwand in Bezug auf den Durchgangsverkehr, insbesondere den Schwerlastverkehr, entlastet werden. Neben den Belangen des Natur- und Landschaftsschutzes werden die politischen Gremien Kosten- und Nutzenfragen gegeneinander abzuwägen haben.*

*Wir bitten die Verwaltung um die Beantwortung folgender Fragen:*

- 1. Wie ist der Stand der Variantenprüfung?*
- 2. Wann ist damit zu rechnen, dass den politischen Gremien konkrete Ergebnisse zur Beratung vorliegen?*

Herr Daube führt aus, dass das Amt für Verkehr mitgeteilt habe, dass die Variantenprüfung nahezu abgeschlossen sei. Es werde beabsichtigt, die Bezirksvertretung Heepen in der Sitzung am 24.11.2011 über das Ergebnis des Variantenvergleiches zu informieren.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

## **Zu Punkt 4.2 Bebauungsplangebiet "Fischerheide" - Teilfläche A**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3140/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der SPD-Fraktion:

*Im Wohngebiet „Fischerheide“ - Teilfläche A sind die meisten Grundstücke bebaut. Die vom Investor für die Öffentlichkeit zu erbringenden Leistungen (Straßenausbau; Gehwege, Grünbereich und Spielplatz) sind im städtebaulichen Vertrag vereinbart.*

*Frage:*

*Wann werden diese Verpflichtungen eingelöst?*

*Zusatzfrage:*

*Welchen Zeitplan gibt es für diese Baumaßnahmen?*

Herr Daube informiert darüber, dass das Bauamt mitgeteilt habe, dass zwischen der Stadt Bielefeld und dem Erschließungsträger im Jahr 2006 ein Erschließungsvertrag über die Erschließung des Baugebietes „Fischerheide - Teilplan A“ abgeschlossen wurde. Im Erschließungsvertrag hatte sich der Erschließungsträger verpflichtet, die Erschließungsanlagen (öffentliche Verkehrs- und Grünflächen) in dem in den Ausführungsplänen dargestellten Umfang herzustellen. Die öffentlichen Verkehrsflächen (Straßen und Wege) und Grünflächen (Kinderspielplatz und Fuß- und Radwegeverbindungen) mussten danach 3 Monate vor Fertigstellung von 80 % der Hochbauten, spätestens jedoch bis zum 31.12.2008 (öffentliche Grünflächen) bzw. 31.12.2011 (öffentliche Verkehrsflächen) endgültig fertig gestellt werden. Nachdem der Erschließungsträger trotz wiederholter Aufforderung seiner Verpflichtung zur fristgerechten Herstellung der öffentlichen Grünflächen bis zum 31.12.2008 nicht nachgekommen war, wurde im Jahr 2010 ein Teil der vom Erschließungsträger hinterlegten Vertragserfüllungsbürgschaft für die Planung der öffentlichen Grünflächen in Anspruch genommen. Nachdem die Planunterlagen für die Herstellung der öffentlichen Grünflächen fertig gestellt waren, wurde die Auszahlung eines weiteren Teils der Vertragserfüllungsbürgschaft beim zuständigen Kreditinstitut beantragt. Eine

Antwort des zuständigen Kreditinstituts steht noch aus. Vor diesem Hintergrund ist z. Z. noch keine Aussage zur Frage möglich, wann mit dem Bau der öffentlichen Grünflächen bzw. des Spielplatzes begonnen werden kann. Hinsichtlich der öffentlichen Verkehrsflächen beinhaltet der Erschließungsvertrag die Verpflichtung, die öffentlichen Verkehrsflächen bis spätestens 31.12.2011 endgültig herzustellen. Inwieweit der Erschließungsträger seiner Verpflichtung nachkommt, kann z. Z. nicht beantwortet werden. Das Bauamt habe mitgeteilt, dass der Erschließungsträger kurzfristig nochmals ausdrücklich auf seine Verpflichtung hingewiesen werde. Sollte der Erschließungsträger seiner Verpflichtung auch hier nicht nachkommen, werde die Stadt Bielefeld beim zuständigen Kreditinstitut erneut die förmliche Inanspruchnahme der hinterlegten Vertragserfüllungsbürgschaft für den Teil der Bürgschaft, der für die Herstellung der öffentlichen Verkehrsflächen hinterlegt wurde, beantragen.

In ihren Wortbeiträgen vertreten Bezirksbürgermeister Sternbacher, stellvertretender Bezirksbürgermeister Rüter, Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) und Herr Stuke (SPD-Fraktion) nachdrücklich die Auffassung, dass von der Bezirksvertretung künftig verstärkt darauf geachtet werde müsse, dass Erschließungsträger ihre mit dem Erschließungsvertrag übernommenen Pflichten einhalten. Es sollte darauf hingewirkt werden, dass bestimmte Anlagen, wie z. B. Kinderspielplätze, bereits zu Beginn der Bautätigkeiten im Erschließungsgebiet fertig gestellt werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 13.10.2011 - öffentlich - TOP 4.2 \*

-.-.-

### **Zu Punkt 4.3 Unsichere Gebüschstrukturen im Stadtbezirk Heepen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3158/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage des Vertreters der Partei Die Linke:

*Frage:*

*Was genau meint die Verwaltung mit dem Begriff „unsichere Gebüschstrukturen“?*

*Zusatzfragen:*

*Wie viele dieser Strukturen gibt es im Stadtbezirk Heepen und wo befinden sie*

sich?

*Was unternimmt die Verwaltung damit die unsicheren Gebüschstrukturen sicher werden?*

Unter Bezugnahme auf die Beratung des Antrages des Vertreters der Partei Die Linke zum ehemaligen Deponiegelände am Klinkerweg / Kuhlenweg in der Sitzung der Bezirksvertretung am 15.09.2011 (vgl. BV Heepen – 15.09.2011 – TOP 4.1), auf die sich die Anfrage beziehe, führt Herr Daube aus, dass das Umweltamt mitgeteilt habe, dass es sich bei dem Begriff „unsichere Gebüschstruktur“ um eine Umschreibung des Fachbegriffs „Tat-Gelegenheits-Strukturen“ handle. Der Begriff bezeichne Bereiche in Grünanlagen, die aufgrund ihrer Ausstattung und / oder Beleuchtung so unübersichtlich seien, dass Menschen dort Opfer von Belästigungen und Übergriffen werden können. Hinsichtlich der Zusatzfragen habe der Bereich Grünunterhaltung des Umweltbetriebes mitgeteilt, dass im Stadtbezirk Heepen keine Bereiche bekannt seien, die diese Definition erfüllen. Bei der Planung und Realisierung von neuen Grünanlagen werde darauf geachtet, dass entsprechende Strukturen möglichst nicht entstehen. Zu den Maßnahmen der Grünunterhaltung gehöre darüber hinaus der gezielte Rückschnitt von Gehölzen zur Erreichung oder Wiederherstellung einer - insbesondere aus kriminalpräventiver Sicht - notwendigen Übersichtlichkeit und Transparenz. Notwendige Maßnahmen seien in der Vergangenheit in Abstimmung mit dem Sozialkriminalpräventiven Rat (SKPR) und der Polizei entsprechend umgesetzt worden. Eine Ausleuchtung von Grünanlagen komme in der Regel nicht in Frage.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 13.10.2011 - öffentlich - TOP 4.3 \*

-.-.-

**Zu Punkt 5**

**Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/H20 "Ortskern Heepen-Erweiterung" und 214. Änderung des Flächennutzungsplanes "Zentrum Heepen". Der Bebauungsplan umfasst Teilflächen südlich des Tieplatzes und südlich der Altenhagener Straße entlang der Straßen Bischof-Meinwerk-Straße, Salzufler Straße, Hassebrock und Hillegasser Straße.**

**- Entwurfsbeschluss zur 214. Änderung des Flächennutzungsplanes "Zentrum Heepen"**

**- Entwurfsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. III/H 20 "Ortskern Heepen - Erweiterung"**

**Stadtbezirk Heepen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2885/2009-2014

- abgesetzt (vgl. Punkt: Vor Eintritt in die Tagesordnung) -

\* BV Heepen - 13.10.2011 - öffentlich - TOP 5 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 6 Rekultivierung der Bodendeponie Talbrückenstraße**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2914/2009-2014

*Hinweis: Die Verwaltungsvorlagen Drucksache 2914/2009-2014 (Rekultivierung der Bodendeponie Talbrückenstraße), Drucksache 2908/2009-2014 (Anlage von Kleingewässern und Feuchtblänken in der Johannisbachaue) und Drucksache 2915/2009-2014 (Ergänzungen für landschaftsverträgliche Freizeitangebote und Naturerleben im Erholungsgebiet Obersee und Johannisbachaue) wurden aufgrund des engen Sachzusammenhanges gemeinsam beraten (Beratung und Abstimmung siehe TOP 8).*

\* BV Heepen - 13.10.2011 - öffentlich - TOP 6 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 7 Anlage von Kleingewässern und Feuchtblänken in der Johannisbachaue**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2908/2009-2014

*Hinweis: Die Verwaltungsvorlagen Drucksache 2914/2009-2014 (Rekultivierung der Bodendeponie Talbrückenstraße), Drucksache 2908/2009-2014 (Anlage von Kleingewässern und Feuchtblänken in der Johannisbachaue) und*

*Drucksache 2915/2009-2014 (Ergänzungen für landschaftsverträgliche Freizeitangebote und Naturerleben im Erholungsgebiet Obersee und Johannisbachaue) wurden aufgrund des engen Sachzusammenhanges gemeinsam beraten (Beratung und Abstimmung siehe TOP 8).*

\* BV Heepen - 13.10.2011 - öffentlich - TOP 7 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 8 Ergänzungen für landschaftsverträgliche Freizeitangebote und Naturerleben im Erholungsgebiet Obersee und Johannisbachaue**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2915/2009-2014

*Hinweis: Die Verwaltungsvorlagen Drucksache 2914/2009-2014 (Rekultivierung der Bodendeponie Talbrückenstraße), Drucksache 2908/2009-2014 (Anlage von Kleingewässern und Feuchtblänken in der Johannisbachaue) und Drucksache 2915/2009-2014 (Ergänzungen für landschaftsverträgliche Freizeitangebote und Naturerleben im Erholungsgebiet Obersee und Johannisbachaue) wurden aufgrund des engen Sachzusammenhanges gemeinsam beraten.*

Herr Wörmann (Umweltamt) nimmt Bezug auf die Beratung der Verwaltungsvorlage Drucksachenummer: 2914/2009-2014 (Rekultivierung der Bodendeponie Talbrückenstraße) in 1. Lesung in der Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 15.09.2011 und den Wunsch verschiedener Bezirksvertretungsmitglieder, den Deponiebereich durch zusätzliche Angebote (z. B. Kinderspielplatz) aufzuwerten. Er verweist in diesem Zusammenhang nochmals auf die finanziellen Abhängigkeiten, die eine entsprechende Aufwertung z. Z. nicht zulassen. Es bestehe jedoch die Möglichkeit, eine Teilfläche als Angebotsfläche für Spielaktivitäten (z. B. Ballspiele etc.) anzubieten. Darüber hinaus sei vorstellbar, im Bereich der Wege ähnliche Angebote zu unterbreiten, wie im Bereich der Feuerwache, sofern entsprechende Kooperationspartner gefunden werden können.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) vertritt die Auffassung, dass die Johannisbachaue langfristig als Naturraum gesichert werden sollte. Im Anschluss stellt er - bezogen auf die unter TOP 6, 7 und 8 zu beratenden Sachverhalte - folgende Anträge:

1. Für die Bewohner der Stadtteile Milse und Baumheide ist im Bereich der

- Heilbronner Straße eine sichere Überquerung der Herforder Straße vorzusehen. Die Planung ist der Bezirksvertretung vorzustellen.
2. Im Bereich des Halhofes ist eine Ampelanlage auf der Talbrückenstraße zu installieren.
  3. Die Wegebreite um den Obersee (der teilweise zum Stadtbezirk Heepen gehört) ist bei der Erneuerung des Rundweges beizubehalten.
  4. Im Zuge der Revision der Gebietsentwicklungsplanung ist die östlich des Wäldchens „Großes Binnenholz“ z. Z. mögliche Freizeitnutzung (auch im kommerziellen Sinne) zurückzunehmen. Diese Fläche ist z. B. als Walderweiterungsfläche vorzusehen.
  5. In einem geeigneten Areal sind Spielmöglichkeiten für Kinder vorzusehen.
  6. Bei der weiteren Planung ist der (wegen möglicher entstehender Biotope) nötige Abstand zu möglichen Trassen für den Ausbau der Grafenheider Straße einzuhalten.
  7. Zur Beseitigung der Verrohrung des Jeipohlbaches wird die Verwaltung aufgefordert, Kontakt zu privaten Helfern aufzunehmen, um diesen unökologischen Zustand so schnell wie möglich zu beenden. Dabei ist der Frage nachzugehen, wieso im letzten Gewässergütebericht das letzte Stück dieses Baches (vor dem Einlauf in den Johannisbach) als stark verschmutzt eingestuft ist.
  8. Die unter Punkt 5 geplanten Angebote (Kinder erleben Wasser) werden (wegen der Wasserqualität und der Gefahren durch schnell ansteigendes Wasser) vom Johannisbach weg an den Seerand verlegt. Die Verwaltung wird aufgefordert, dazu ein Konzept zu erarbeiten.
  9. Die Bezirksvertretung empfiehlt, die Streuobstwiesen durch den Halhof betreuen und bewirtschaften zu lassen.
  10. Im gesamten Auenbereich sind an geeigneter Stelle mehr Bänke oder andere Sitzgelegenheiten aufzustellen.

Zur Ziffer 5 ergänzt Herr Wäschebach, dass die angesprochenen Spielmöglichkeiten für Kinder auch in der von Herrn Wörmann eingangs der Beratung dargestellten Form angeboten werden können.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Rütter vertritt die Auffassung, dass die zur Beratung vorliegenden Verwaltungsvorlagen zur Johannisbachaue aufgrund des engen Sachzusammenhanges als Gesamtkomplex zu bewerten seien. Auf der rekultivierten Deponiefläche sollten seines Erachtens mehr Freizeitangebote realisiert werden. Dies sollte aus seiner Sicht auch ohne die Anlage zusätzliche Ausgleichs- und Ersatzflächen möglich sein. Er könne sich vorstellen, dass sich ein Teil der in der Verwaltungsvorlage Drucksache 2915/2009-2014 dargestellten Freizeitnutzungen im Bereich der Deponiefläche wiederfinde. Vorstellbar sei aus Sicht der CDU-Fraktion z. B. auch die Anlage eines „Kunst- und Skulpturenpfades“ im Kontext zum Stadtjubiläum im Jahr

2014. Die CDU-Fraktion werde im diesem Zusammenhang einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten. Insgesamt seien die von der SPD-Fraktion vorgelegten Anträge aus Sicht der CDU-Fraktion zustimmungsfähig. Er rege jedoch an, hinsichtlich der Querung der Talbrückenstraße (vgl. Ziffer 2) nicht zwingend die Installation einer Ampelanlage zu fordern, sondern den Antrag durch die offene Formulierung „... oder durch eine andere sichere Quermöglichkeit ...“ zu ergänzen. Dies habe aus seiner Sicht den Vorteil, dass die notwendige Quermöglichkeit nicht sofort aus Kostengründen verworfen werden könne.

Bezirksbürgermeister Sternbacher teilt diese Auffassung, da die im Antrag gewählte Formulierung eine Eingrenzung darstelle, die u. U. das Ziel, eine sichere Quermöglichkeit zu schaffen, gefährden könne.

Auf Rückfrage von stellvertretendem Bezirksbürgermeister Rütter erläutert Herr Wäschebach, dass die unter Ziffer 4 angesprochene Fläche „Großes Binnenholz“ nach den derzeitigen Festsetzungen des Gebietsentwicklungsplanes kommerzielle Freizeitnutzungen zulasse. Dies entspreche aus Sicht der SPD-Fraktion jedoch nicht mehr den für die künftige Nutzung der Johannisbachaue formulierten Zielen.

Herr Daube ergänzt, dass die von Herrn Wäschebach angesprochenen kommerziellen Nutzungen auf die entsprechenden politischen Beschlüsse zurückzuführen seien und vor diesem Hintergrund auch durch entsprechende politische Beschlüsse wieder aufgehoben werden müssen.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Rütter stellt fest, dass der Rat der Stadt beschlossen habe, unabhängig von allen Nutzungskonzepten für die Johannisbachaue, die „Unterseeoption“ zu erhalten. Zwar zeichne sich derzeit noch keine Möglichkeit ab, das Projekt zu realisieren, dennoch sei es aus Sicht der CDU-Fraktion notwendig, keine Entscheidungen zu treffen, die eine mögliche Realisierung gefährden. Dies würde dem angesprochenen Ratsbeschluss widerspreche.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) beantragt nach Ziffer 6 die Ziffer 6 a mit dem Wortlaut „Die Option zum Bau eines möglichen Untersees darf durch entsprechende Maßnahmen nicht verbaut werden“ anzufügen.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Rütter ergänzt, dass dem entsprechenden Ratsbeschluss Rechnung getragen werden müsse.

Herr Stuke (SPD-Fraktion) stellt fest, dass die SPD-Fraktion den Bau des Untersees ablehne, um allen Bürgerinnen und Bürgern auch weiterhin die Möglichkeit zu geben, den Naturraum Johannisbachaue zu nutzen.

Frau Klemme-Linnenbrügger (SPD-Fraktion) sieht nicht die Notwendigkeit, den Wortlaut entsprechend zu ergänzen, da sich die angesprochenen Blänken nicht im Bereich eines möglichen Untersees befinden. Im Übrigen gehe sie davon aus, dass der Untersee aufgrund der bestehenden Eigentumsverhältnisse nicht zu realisieren sei.

Herr Wäschebach informiert darüber, dass er von Anglern den Hinweis erhalten habe, dass keine ausreichenden Zugangsmöglichkeiten zum Johannisbach

bestehen. Darüber hinaus fragt er unter Bezugnahme auf die angesprochene Verschmutzung des Wassers des Johannisbaches, ob die Heckrinder dieses Wasser trinken können.

Herr Wörmann (Umweltamt) führt - bezogen auf die Zugänglichkeit des Johannisbaches für Angler - aus, dass dem Umweltamt keine entsprechenden Beschwerden bekannt geworden seien. Das Umweltamt werde dieser Frage aber umgehend nachgehen. Die Frage, ob die Heckrinder das Wasser des Johannisbaches trinken dürfen, sei vom Veterinäramt geprüft worden. Es gebe keine entsprechenden Bedenken.

Herr Stuke (SPD-Fraktion) stellt fest, dass im Johannisbach Fische leben. Solange dies der Fall sei, sei es für die Rinder unbedenklich, das Wasser zu trinken.

Herr Wäschebach weist darauf hin, dass an Wochenenden sogenannte „Anglerfeten“ im Bereich des Johannisbaches stattfinden und ihm berichtet worden sei, dass nach diesen „Anglerfeten“ große Müllmengen hinterlassen werden. Er fragt, ob dieses Problem der Verwaltung bekannt sei.

Herr Wörmann bestätigt dies und weist darauf hin, dass der Umweltbetrieb gebeten wurde, sich des Problems anzunehmen.

Herr Wäschebach nimmt Bezug auf die vorgesehene Anlage einer Streuobstwiese im Bereich „Howe“ und erläutert die genaue Lage der vorgesehenen Fläche. Die Fläche stehe z. T. in Privateigentum und könne vor diesem Hintergrund nicht vollständig genutzt werden. Sie solle daher langfristig angepachtet werden.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Rütter vertritt unter Bezugnahme auf die Möglichkeit zusätzliche Freizeitangebote im Bereich Obersee zu schaffen die Auffassung, dass dieser Bereich bereits heute „überfrachtet“ sei. Er appelliere vor diesem Hintergrund an alle Beteiligten, landschaftsverträgliche Nutzungen in den Auenbereich zu verlagern.

Herr Wörmann (Umweltamt) erläutert, dass am Obersee z. Z. keine zusätzlichen Angebote vorgesehen seien. Sollte die Realisierung zusätzlicher Angebote möglich werden, wäre die Frage, ob bzw. wo diese umgesetzt werden können, in den politischen Gremien zu beraten.

Bezirksbürgermeister Sternbacher fasst die intensive Diskussion zusammen und bittet darum, zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion, den Antrag der SPD-Fraktion als Ziffer 6 a um die Formulierung „Die Option zum Bau eines möglichen Untersees darf durch entsprechende Maßnahmen nicht verbaut werden.“ zu ergänzen, abzustimmen:

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s :**

**Die Option zum Bau eines möglichen Untersees darf durch entsprechende Maßnahmen nicht verbaut werden.**

Dafür: 6 Stimmen  
Dagegen: 7 Stimmen  
Enthaltungen: 1 Stimme

- mithin abgelehnt -

Im Anschluss bittet Bezirksbürgermeister Sternbacher um Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion. Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

1. Für die Bewohner der Stadtteile Milse und Baumheide ist im Bereich der Heilbronner Straße eine sichere Überquerung der Herforder Straße vorzusehen. Die Planung ist der Bezirksvertretung vorzustellen.
2. Im Bereich des Halhofes ist eine Ampelanlage zu installieren oder durch eine andere geeignete Maßnahme eine sichere Möglichkeit zur Querung der Talbrückenstraße zu schaffen.
3. Die Wegebreite um den Obersee (der teilweise zum Stadtbezirk Heepen gehört) ist bei der Erneuerung des Rundweges beizubehalten.
4. Im Zuge der Revision der Gebietsentwicklungsplanung ist die östlich des Wäldchens „Großes Binnenholz“ z. Z. mögliche Freizeitnutzung (auch im kommerziellen Sinne) zurückzunehmen. Diese Fläche ist z. B. als Walderweiterungsfläche vorzusehen.
5. In einem geeigneten Areal sind Spielmöglichkeiten für Kinder vorzusehen.
6. Bei der weiteren Planung ist der (wegen möglicher entstehender Biotope) nötige Abstand zu möglichen Trassen für den Ausbau der Grafenheider Straße einzuhalten.
7. Zur Beseitigung der Verrohrung des Jeipohlbaches wird die Verwaltung aufgefordert, Kontakt zu privaten Helfern aufzunehmen, um diesen unökologischen Zustand so schnell wie möglich zu beenden. Dabei ist der Frage nachzugehen, wieso im letzten Gewässergütebericht das letzte Stück dieses Baches (vor dem Einlauf in den Johannisbach) als stark verschmutzt eingestuft ist.
8. Die unter Punkt 5 genannten Angebote (Kinder erleben Wasser) werden (wegen der Wasserqualität und der Gefahren durch schnell ansteigendes Wasser) vom Johannisbach weg an den Seerand verlegt. Die Verwaltung wird aufgefordert, dazu ein Konzept zu erarbeiten.
9. Die Bezirksvertretung empfiehlt, die Streuobstwiesen durch den Halhof betreuen und bewirtschaften zu lassen.
10. Im gesamten Auenbereich sind an geeigneter Stelle mehr Bänke oder andere Sitzgelegenheiten aufzustellen.

- einstimmig beschlossen -

Abschließend bittet Bezirksbürgermeister Sternbacher um Abstimmung zu den Verwaltungsvorlagen Drucksache 2914/2009-2014 (Rekultivierung der Bodendeponie Talbrückenstraße), 2908/2009-2014 (Anlage von Kleingewässern und Feuchtblänken in der Johannisbachau) und 2915/2009-2014 (Ergänzungen für landschaftsverträgliche Freizeitangebote und Naturerleben im Erholungsgebiet Obersee und Johannisbachau). Es ergehen folgende Beschlüsse:

Zu Drucksache 2914/2009-2014 (Rekultivierung der Bodendeponie Talbrückenstraße):

**B e s c h l u s s:**

**Die Bezirksvertretung Heepen empfiehlt, dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz unter Berücksichtigung des o. a. Beschlusses, dem fortgeschriebenen Rekultivierungsplan für die Bodendeponie Talbrückenstraße zuzustimmen.**

- einstimmig beschlossen -

Zu Drucksache 2908/2009-2014 (Anlage von Kleingewässern und Feuchtblänken in der Johannisbachau):

**B e s c h l u s s:**

**Die Bezirksvertretung Heepen empfiehlt, dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz unter Berücksichtigung des o. a. Beschlusses, den Planungen zur Anlage von Kleingewässern und Feuchtblänken zuzustimmen.**

- einstimmig beschlossen -

Zu Drucksache 2915/2009-2014 (Ergänzungen für landschaftsverträgliche Freizeitangebote und Naturerleben im Erholungsgebiet Obersee und Johannisbachau):

**B e s c h l u s s:**

- 1. Die beschriebenen Maßnahmen sollen unter Berücksichtigung des o. a. Beschlusses im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten umgesetzt werden.**

**2. Die Nennungen im Ideenspeicher werden bei künftigen Entscheidungen in die Abwägung eingestellt.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 13.10.2011 - öffentlich - TOP 6, 7 und 8 \*

-.-.-

**Zu Punkt 9 Anträge**

**Zu Punkt 9.1 Berichterstattung zu Baumaßnahmen von besonderer Bedeutung: Erweiterungsplanung des Postfrachtzentrums in Oldentrup**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3117/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion:

*Die Verwaltung wird beauftragt, die Bezirksvertretung Heepen zukünftig über geplante Maßnahmen von besonderer Bedeutung vor Bekanntmachung z. B. in der Presse zu informieren, ggf. auch außerhalb der regulären Sitzungen z. B. durch eine entsprechende E-Mail.*

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) weist darauf hin, dass der Antrag darauf zurückzuführen sei, dass in der Lokalpresse über die Erweiterungspläne hinsichtlich des Postfrachtzentrums in Oldentrup berichtet wurde, ohne dass die Bezirksvertretung Heepen im Vorfeld seitens der Verwaltung über das Vorhaben informiert wurde. Angesichts der bekannten Verkehrsproblematik in Oldentrup sei dies unverständlich. Aus Sicht der CDU-Fraktion müssen derartige Informationsversäumnisse in Zukunft ausgeschlossen werden.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) bewertet den Antrag als populistisch. Allen Bezirksvertretungsmitgliedern sei bekannt, dass über laufende Bauvorhaben bzw. Grundstücksangelegenheiten aufgrund der bestehenden rechtlichen Abhängigkeiten von der Verwaltung nicht öffentlich berichtet werden könne. Die Verwaltung habe aus seiner Sicht darüber hinaus keinen Einfluss auf die Öffentlichkeitsarbeit der Post. Er könne insofern keine Informationsversäumnisse seitens des Bezirksamtes erkennen. Im Übrigen werde die Bezirksvertretung aus seiner Sicht gut und umfassend über Bauvorhaben von besonderer Bedeutung für den Stadtbezirk Heepen unterrichtet.

Herr Dr. Elsner stellt fest, dass der Antrag der CDU-Fraktion nicht als Kritik am Bezirksamt zu verstehen sei. Dennoch wäre seines Erachtens eine entsprechende Information der Bezirksvertretung möglich gewesen. Insofern richte sich seine Kritik an alle mit der Angelegenheit befassten Verwaltungsdienststellen.

Herr Daube vertritt die Auffassung, dass aus Sicht der Verwaltung kein

Informationsversäumnis vorliege.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Rüter schließt sich der von Herrn Dr. Elsner getroffenen Aussage an, dass sich die Kritik ausdrücklich nicht auf das Bezirksamt beziehe. Die von der Post zum Zeitplan getroffenen Aussagen deuten jedoch seines Erachtens darauf hin, dass das Vorhaben der Verwaltung bekannt sein musste.

Herr Wäschebach beantragt die Ergänzung des Beschlussvorschlages um die Formulierung „... verschiedene Dienststellen der Verwaltung ...“.

Auch Bezirksbürgermeister Sternbacher vertritt die Auffassung, dass den Gremiumsmitgliedern frühzeitig entsprechende Informationen zur Verfügung gestellt werden müssen. Im Anschluss bittet er unter Berücksichtigung der von Herrn Wäschebach beantragten Ergänzung um Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Die verschiedenen Dienststellen der Verwaltung werden beauftragt, die Bezirksvertretung Heepen zukünftig über geplante Maßnahmen von besonderer Bedeutung vor Bekanntmachung, z. B. in der Presse, zu informieren, ggf. auch außerhalb der regulären Sitzungen, z. B. durch eine entsprechende E-Mail.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 13.10.2011 - öffentlich - TOP 9.1 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 9.2 Erweiterungsplanung des Postfrachtzentrums in Oldentrup**

### **Beratungsgrundlage:**

Drucksachenummer: 3118/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den Antrag der CDU-Fraktion:

*Der Punkt „Erweiterungsplanung des Postfrachtzentrums in Oldentrup“ ist in die Tagesordnung des öffentlichen Teil der nächsten BV-Sitzung aufzunehmen. Die Verwaltung möge dann über den Planungsstand in Sachen Erweiterung des Postfrachtzentrums in Oldentrup berichten. Dabei sollten insbesondere die folgenden Fragen beantwortet werden:*

– Welche Erweiterungsmaßnahmen sind genau geplant?

- Was sind die baulichen Auswirkungen auf dem Gelände?
- Was sind die verkehrlichen Auswirkungen auf Oldentrup und Umgebung?

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) verweist auf die schriftliche Antragsbegründung:

*In der Lokalpresse war vorgestern (20.09.2011) von Erweiterungsplänen des Postfrachtzentrums in Oldentrup zu lesen. Leider hat die BV Heepen im Vorfeld seitens der Verwaltung keine Informationen erhalten. Es ist unverständlich, dass dies angesichts der bekannten Verkehrsproblematik in Oldentrup nicht geschehen ist - zumal in der Sitzung am 15.09.2011 dazu Gelegenheit gewesen wäre - und soll im Rahmen der Abarbeitung dieses Antrags nachgeholt werden. Da die Maßnahme bereits in der Presse aufgegriffen wurde, kann die Thematik im öffentlichen Teil behandelt werden.*

Bezogen auf die Diskussion hinsichtlich der öffentlichen Beratung des Sachverhaltes (vgl. TOP 9.1) fordert Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender), dass - soweit dies rechtlich möglich sei - alle Aspekte des Vorhabens öffentlich beraten werden.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s :**

**Der Punkt „Erweiterungsplanung des Postfrachtzentrums in Oldentrup“ ist in die Tagesordnung des öffentlichen Teil der nächsten BV-Sitzung aufzunehmen. Die Verwaltung möge dann über den Planungsstand in Sachen Erweiterung des Postfrachtzentrums in Oldentrup berichten. Dabei sollten insbesondere die folgenden Fragen beantwortet werden:**

- Welche Erweiterungsmaßnahmen sind genau geplant?
- Was sind die baulichen Auswirkungen auf dem Gelände?
- Was sind die verkehrlichen Auswirkungen auf Oldentrup und Umgebung?

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 13.10.2011 - öffentlich - TOP 9.2 \*

---

## **Zu Punkt 9.3 Berichterstattung zu Fahrgastzahlen des ÖPNV im Stadtbezirk Heepen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3119/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den Antrag der CDU-Fraktion:

*Die Verwaltung wird beauftragt, die moBiel GmbH zu bitten, nach den ersten Erhebungen von Fahrgastzahlen im neuen Nahverkehrsplan in der Bezirksvertretung über die Entwicklung zu berichten. Hierbei sind insbesondere die folgenden Punkte von Interesse:*

- *Fahrgastzahlen/Kundenrückmeldungen der Linie 30*
- *Fahrgastzahlen/Kundenrückmeldungen zur veränderten Linie 51*
- *Fahrgastzahlen/Kundenrückmeldungen zu den veränderten Linien (27 und 33) in Baumheide*
- *Fahrgastzahlen, die den Verkehr der geplanten Tram 5 betreffen*
- *Fahrgastzahlen auf der Linie 2 nach Milse in den Abendstunden*

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) verweist auf die schriftliche Antragsbegründung:

*Bei der letzten Umsetzung des NVP hat es tiefgreifende Veränderungen im Stadtbezirk gegeben, deren Qualität überprüft werden muss. Auch haben die Zahlen für weitere Planungsschritte eine wesentliche Bedeutung. Daher bittet die Bezirksvertretung die moBiel GmbH, ihr diese wichtigen Informationen zur Verfügung zu stellen.*

Er sehe die Notwendigkeit nach den relativ umfassenden Veränderungen hinsichtlich der Linienführung im Stadtbezirk Heepen auf der Grundlage entsprechender Kundenrückmeldungen, die vorgenommenen Veränderungen zu bewerten, um ggf. zeitnah unerwünschten Entwicklungen entgegenwirken zu können.

Herr Schatschneider (Die Linke) unterstützt den Antrag der CDU-Fraktion und stellt fest, dass es nur auf der Grundlage entsprechender Zahlen und Kundenerfahrungen möglich sei, über entsprechende Anträge unerwünschten Entwicklungen entgegenzuwirken. Er bittet daher, die im Antrag angesprochenen Informationen der Bezirksvertretung möglichst zeitnah zur Verfügung zu stellen.

Frau Grünewald (CDU-Fraktion) stellt fest, dass sie von verschiedenen Bürgerinnen und Bürgern des Stadtteils Oldentrup darüber informiert wurde, dass es nach der Umstellung des Liniennetzes für Oldentruper Bürgerinnen und Bürger schwieriger geworden sei, den Stadtteil Heepen zu erreichen. Sie bittet, diesen Aspekt in den Beschlusstext aufzunehmen.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Die Verwaltung wird beauftragt, die moBiel GmbH zu bitten, nach den ersten Erhebungen von Fahrgastzahlen im neuen Nahverkehrsplan in der Bezirksvertretung über die Entwicklung zu berichten. Hierbei sind insbesondere die folgenden Punkte von Interesse:**

- Fahrgastzahlen/Kundenrückmeldungen der Linie 30
- Fahrgastzahlen/Kundenrückmeldungen zur veränderten Linie 51
- Fahrgastzahlen/Kundenrückmeldungen zu den veränderten Linien (27 und 33) in Baumheide
- Fahrgastzahlen, die den Verkehr der geplanten Tram 5 betreffen
- Fahrgastzahlen auf der Linie 2 nach Milse in den Abendstunden
- eingeschränkte Fahrmöglichkeiten für Oldentruper Bürgerinnen und Bürger aufgrund der neuen Linienführung

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 13.10.2011 - öffentlich - TOP 9.3 \*

-.-.-

**Zu Punkt 9.4 Ergebnisoffene Überprüfung (mit Anliegerbefragung) der Abbindung Zirkelstraße nach Ende der halbjährlichen Probephase**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3120/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion:

*Die Verwaltung wird beauftragt, die Abbindung der Zirkelstraße nach Ablauf der Probephase (halbes Jahr) ergebnisoffen zu überprüfen und dabei auch alle Anlieger nach ihrer Bewertung der Maßnahme zu befragen. Das Ergebnis der Überprüfung und der Befragung sind der Bezirksvertretung Heepen zur weiteren Beschlussfassung über die Abbindung vorzulegen.*

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) zieht den Antrag vor dem Hintergrund der Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde vom 06.10.2011 (vgl. TOP 3.7) zurück. Die Bezirksvertretung werde die verkehrliche Entwicklung in der Zirkelstraße beobachten und ggf. negativen Entwicklungen entgegenwirken. Aufgrund der Entwicklung des Sachverhaltes vertrete er die Auffassung, dass künftig vor einer entsprechenden Beschlussfassung sorgfältig alle Aspekte der Angelegenheit geprüft werden sollten.

- zurückgezogen -

\* BV Heepen - 13.10.2011 - öffentlich - TOP 9.4 \*

-.-.-

**Zu Punkt 9.5 Gestaltung von Kinderspielplätzen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3141/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion und des Vertreters der FDP:

*Die Verwaltung wird aufgefordert, in einer der nächsten Sitzungen über die Möglichkeiten der Anlage von Wasserspielplätzen bzw. von Wasserelementen auf Spielplätzen zu berichten.*

*Dabei sollen u. a. folgende Fragen beantwortet werden:*

1. *Was kosten solche Spielplätze bzw. einzelne Wasserelemente?*
2. *Welche Realisierungsmöglichkeiten gibt es bei der Neuplanung von Spielplätzen für derartige Elemente? (Beispiel: Mohns Park in Gütersloh.)*
3. *Welche Spielplätze im Stadtbezirk könnten um entsprechende Wasserelemente ergänzt werden?*

*Als konkreter Standort soll unter dieser Fragestellung der Bereich Wefelshof/Sieben-Teiche untersucht werden.*

Herr Kossiek (FDP) führt aus, dass das Spielelement „Wasser“ für Kinder außerordentlich attraktiv sei. Der vorgeschlagene mögliche Standort sei darauf zurückzuführen, dass dieser Standort sehr viel mit dem Thema Wasser zu tun habe (7-Teiche-Grünzug, ehemaliger Standort des Freibades etc.).

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s :**

**Die Verwaltung wird aufgefordert, in einer der nächsten Sitzungen über die Möglichkeiten der Anlage von Wasserspielplätzen bzw. von Wasserelementen auf Spielplätzen zu berichten.**

**Dabei sollen u. a. folgende Fragen beantwortet werden:**

1. **Was kosten solche Spielplätze bzw. einzelne Wasserelemente?**
2. **Welche Realisierungsmöglichkeiten gibt es bei der Neuplanung von Spielplätzen für derartige Elemente? (Beispiel: Mohns Park in Gütersloh.)**
3. **Welche Spielplätze im Stadtbezirk könnten um entsprechende Wasserelemente ergänzt werden?**

**Als konkreter Standort soll unter dieser Fragestellung der Bereich Wefelshof/Sieben-Teiche untersucht werden.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 13.10.2011 - öffentlich - TOP 9.5 \*

## Zu Punkt 9.6 Jugendarbeit im Stadtbezirk

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3150/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion und des Vertreters der Partei Die Linke:

*Das Amt für Jugend und Familie wird gebeten, in einer der nächsten Sitzungen im Rahmen eines ordentlichen Tagesordnungspunktes über die schriftliche Mitteilung (vgl. BV Heepen - 15.09.2011 - TOP 3.16) hinaus die einzelnen Einrichtungen detailliert vorzustellen (Mitarbeiterzahl, inhaltliche Schwerpunkte, Öffnungszeiten) und die Probleme darzustellen.*

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) vertritt die Auffassung, dass die im Beschlussvorschlag erwähnte Stellungnahme der Verwaltung (vgl. BV Heepen - 15.09.2011 - TOP 3.16) dem wichtigen Thema nicht ausreichend gerecht werde.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) regt an, die Angelegenheit aufgrund ihrer Komplexität in der Arbeitsgruppe *Kinder/Jugend/Integration* vorzubereiten.

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Bedeutung der Thematik und vertritt die Auffassung, dass die Beratung unmittelbar in der Bezirksvertretung erfolgen sollte.

Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) stimmt der von Bezirksbürgermeister Sternbacher vertretenen Auffassung zu.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Das Amt für Jugend und Familie wird gebeten, in einer der nächsten Sitzungen im Rahmen eines ordentlichen Tagesordnungspunktes über die schriftliche Mitteilung (vgl. BV Heepen - 15.09.2011 - TOP 3.16) hinaus die einzelnen Einrichtungen detailliert vorzustellen (Mitarbeiterzahl, inhaltliche Schwerpunkte, Öffnungszeiten) und die Probleme darzustellen.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 13.10.2011 - öffentlich - TOP 9.6 \*

**Zu Punkt 9.7 Ehemaliges Deponiegelände am Kuhlenweg im Stadtteil Brake**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3159/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag des Vertreters der Partei Die Linke:

*Die Verwaltung wird beauftragt in der nächsten Bezirksvertretungssitzung über das ehemalige Deponiegelände am Kuhlenweg Bericht zu erstatten.*

Herr Schatschneider (Die Linke) nimmt Bezug auf die von Herrn Wörmann (Umweltamt) im Rahmen der Beratung der Angelegenheit am 15.09.2011 (vgl. BV Heepen - 15.09.2011 - TOP 4.1) zum ehemaligen Deponiegelände getroffenen Aussagen. Aus seiner Sicht ergeben sich noch offene Fragen. Er halte daher die beantragte Beratung für erforderlich, um diese offenen Fragen klären zu können.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) vertritt die Auffassung, dass eine entsprechende Berichterstattung in der Arbeitsgruppe *Grün* erfolgen könne.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) schließt sich der von Herrn Wäschebach vertretenen Auffassung an.

Herr Schatschneider stimmt der vorgeschlagenen Vorgehensweise zu, bittet jedoch darum, seinem Wunsch möglichst bald zu entsprechen.

Es ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

**Die Verwaltung wird beauftragt, in der nächsten Arbeitsgruppe *Grün* über das ehemalige Deponiegelände am Kuhlenweg zu berichten.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 13.10.2011 - öffentlich - TOP 9.7 \*

zu Punkt 10 **Machbarkeitsstudie "Baumheide - Neue Mitte" -  
Gestaltungs-leitlinien**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3143/2009-2014

Frau Wocken (Bauamt) stellt die Verwaltungsvorlage unter Bezugnahme auf die bisherigen Beratungen im Überblick vor.

Auf Rückfrage von Herrn Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) führt sie - bezogen auf das Projekt der EDEKA (Umbau des Marktkaufes) - aus, dass noch Fragen hinsichtlich der Kompatibilität der Farb- und Fassadengestaltung zu den Gestaltungsleitlinien abzustimmen seien. Derzeit werden in diesem Zusammenhang intensive Gespräche mit den beauftragten Architekten geführt.

Auf Rückfrage von Bezirksbürgermeister Sternbacher, ob die noch abzustimmenden Punkte, die Realisierung der Kernpunkte (Platzgestaltung, Öffnung der Stadtbahnhaltestelle, Barrierefreiheit etc.) tangieren, erklärt Frau Wocken, dass dies nicht der Fall sei.

Es ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

**Dem Vorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 13.10.2011 - öffentlich - TOP 10 \*

-.-.-

Zu Punkt 11 **Fahrbahnsanierung der Potsdamer Straße zwischen  
Friedrich-Hagemann-Straße und Theodor-Heuss-Straße**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3137/2009-2014

Herr Klemme (Amt für Verkehr) stellt die - bereits im Rahmen der Festlegung der Prioritäten der Tiefbaumaßnahmen 2012 und später für den Stadtbezirk Heepen intensiv beratene (vgl. u. a. BV Heepen - 05.05.2011 - TOP 15) - Maßnahme im Überblick vor.

Auf Rückfrage von Herrn Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) erläutert er, dass die Gestaltung von Schutzstreifen inzwischen technisch reglementiert sei. Es bestehe vor diesem Hintergrund nicht mehr die Notwendigkeit, den Schutzstreifen zusätzlich mit einer roten Linie zu markieren.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) fragt, wie die Anwohner über Dauer und Art der Arbeiten informiert werden.

Herr Klemme erläutert, dass die Anlieger vor Beginn der Baumaßnahme zunächst grundsätzlich im Rahmen einer vom Amt für Verkehr durchgeführten Anliegerversammlung über Art und Ablauf der Baumaßnahme informiert werden. Darüber hinaus werden die Anlieger unmittelbar vor Beginn der Baumaßnahme schriftlich über die Abläufe und ggf. zu erwartende Einschränkungen informiert. In diesem Informationsschreiben werden konkrete Ansprechpartner (Amt für Verkehr, Bauleiter etc.) benannt. Zur Dauer der Baumaßnahme könne er z. Z. noch keine Aussage treffen.

Auf Rückfrage von Herrn Borchers (Grüne-Fraktion) bestätigt Herr Klemme, dass die Oberfläche mit einer lärmindernden Asphaltsschicht versehen werde.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s :**

**Die Bezirksvertretung Heepen beschließt:**

- a) **Der verkehrsgerechten Sanierung des Gehweges an der Ostseite der Potsdamer Straße zwischen Friedrich-Hagemann-Straße und Heeperholz entsprechend der vorgelegten Planung wird zugestimmt.**
- b) **Dem behindertengerechten Ausbau der Bushaltestellen im Ausbaubereich sowie der Anlage von Querungshilfen zur besseren Erreichbarkeit der Haltestellen wird zugestimmt.**
  
- c) **Die vorhandenen Schutzstreifen für den Radverkehr sind, jedoch ohne den roten Beistrich, nach erfolgter Fahrbahnsanierung wiederherzustellen.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 13.10.2011 - öffentlich - TOP 11 \*

-.-.-

**Zu Punkt 12 Fahrbahndeckensanierung Elverdisser Straße zw. Mehlstraße und Engadinstraße  
hier: Anlage von Schutzstreifen für Radfahrer**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3132/2009-2014

Herr Klemme (Amt für Verkehr) erläutert die Planung im Überblick.

Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) begrüßt die Anlage des Schutzstreifens, bringt dabei aber ihre Sorge zum Ausdruck, dass - bedingt durch den Schutzstreifen und die damit wegfallenden parkenden Kraftfahrzeuge - Autofahrer aufgrund der vermeintlich freien und übersichtlichen Strecke verleitet werden, höhere Geschwindigkeiten zu fahren.

Herr Klemme bestätigt, dass nach Anlage des Schutzstreifens nicht mehr die Möglichkeit bestehe, Kraftfahrzeuge am Fahrbahnrand abzustellen. Die durch den Schutzstreifen bedingte Fahrbahnverengung gleiche jedoch aus fachlicher Sicht die von Frau Kreye beschriebenen Nachteile weitestgehend aus. Mit der Umsetzung der Maßnahme könne darüber hinaus die bereits mehrfach thematisierte Verkehrsproblematik im Ortseingangsbereich verbessert werden.

Bezirksbürgermeister Sternbacher teilt die von Herrn Klemme vorgetragene Einschätzung zur Verbesserung der Verkehrssicherheit im Ortseingangsbereich.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) beurteilt die durch die Anlage des Schutzstreifens bedingte Fahrbahneinengung aus verkehrlicher Sicht positiv. Er fragt, ob das Beparken des Schutzstreifens zulässig sei.

Herr Klemme erläutert, dass es zulässig sei, neben dem Schutzstreifen kurzfristig anzuhalten. Das Beparken sei jedoch unzulässig. Aus fachlicher Sicht bestehe im betroffenen Bereich kein erhöhter Parkdruck. Der Wegfall der heute vorhandenen Parkmöglichkeiten sei daher aus fachlicher Sicht unproblematisch.

Es ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

**Der Anlage von Schutzstreifen für Radfahrer durch Fahrbahnmarkierungen in der Elverdisser Straße im Abschnitt Milser Straße bis Stadtgrenze (Einmündung Milser Feld) entsprechend der Variante I des beiliegenden Regelquerschnittes (Anlage 1) wird zugestimmt.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 13.10.2011 - öffentlich - TOP 12 \*

-.-.-

**Zu Punkt 13**     **Ausbaustandard für die Straßenbeleuchtung in einer Planstraße im Bebauungsplangebiet Nr. III/H 18 "Bentruper Heide"**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3018/2009-2014

Nachdem Herr Klemme (Amt für Verkehr) darauf hingewiesen hat, dass die Planstraße inzwischen den Namen „Meyer zu Müdehorst Weg“ trage, ergeht ohne Aussprache folgender

**B e s c h l u s s:**

- A) Der Beschluss vom 14.02.2008 zu Punkt b) öffentliche Straßenbeleuchtung wird zurückgenommen.
- B) Die Bezirksvertretung Heepen beschließt für die Planstraße im Bebauungsgebiet Nr. III/H 18 den Einbau von Mastaufsatzleuchten als LED-Leuchten vom Typ We-ef VFL 540 an fünf Meter hohen Masten.

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 13.10.2011 - öffentlich - TOP 13 \*

-.-.-

**Zu Punkt 14**     **Schulorganisatorische Maßnahmen im Grundschulbereich in den Stadtbezirken Mitte, Dornberg, Brackwede, Jöllenbeck, Schildesche und Heepen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2977/2009-2014 und 2977/2009-2014/1

*Hinweis: Aufgrund des großen Interesses der Bürgerinnen und Bürger wurde der Tagesordnungspunkt vorgezogen und unmittelbar im Anschluss an TOP 3 (Mitteilungen) beraten.*

Herr Günther (Stab Dezernat 2) erläutert die der Beschlussvorlage der Verwaltung zugrunde liegenden schulentwicklungsplanerischen Rahmenbedingungen und die bisherigen Verfahrensschritte (u. a. Beratung im Grundschulforum, der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung etc.). Im Anschluss verweist er auf die für den Stadtbezirk Heepen dargestellten Szenarien und erläutert die jeweils zu berücksichtigenden Abhängigkeiten und Ziele im Detail.

Die sich anschließende Beratung führt - bezogen auf die in der Verwaltungsvorlage dargestellten Szenarien - zu folgenden Ergebnissen:

#### *Grundschule Brake / Grundschule Vilsendorf*

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) und Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) kritisieren, dass die Szenarien A 1 und B 1 den Handlungsoptionen im Stadtbezirk Jöllenbeck zugeordnet werden, obwohl sie wesentliche Auswirkungen auf den Schulstandort Brake haben.

Herr Wäschebach vertritt die Auffassung, dass im Stadtteil Brake lebende Kinder grundsätzlich auch die Grundschule Brake besuchen sollten. Dennoch sollten möglichst alle Schulstandorte gesichert werden. Um den Schulstandort Vilsendorf zu sichern, sehe er die Möglichkeit, in bestimmten Bereichen des Stadtteils - die näher an der Grundschule Vilsendorf als der Grundschule Brake liegen - bei der Festlegung verbindlicher Schuleinzugsbereiche Übergangslösungen auf freiwilliger Basis vorzusehen. Es müsse jedoch sichergestellt werden, dass Eltern, die im Stadtteil Brake leben, ihre Kinder auch im Stadtteil Brake einschulen können. Insbesondere sei zu gewährleisten, dass bestehende soziale Bindungen und Strukturen erhalten bleiben.

Herr Dr. Elsner stellt fest, dass die CDU-Fraktion die Bildung von Schulverbänden bzw. die Aufgabe von Schulstandorten generell ablehne. Dies bedeute für den Stadtteil Brake, dass Braker Kinder die Grundschule Brake besuchen. Um die Grundschule Vilsendorf zu stärken, könne auch er sich vorstellen, Eltern in bestimmten Wohnbereichen des Stadtteils, die Möglichkeit einzuräumen, ihre Kinder auf freiwilliger Basis in der Grundschule Vilsendorf einzuschulen. Um dies zu gewährleisten sei es notwendig, bei der Bildung verbindlicher Schuleinzugsbereiche entsprechende Regelungen vorzusehen.

#### *Grundschule Milse / Grundschule Altenhagen*

Herr Dr. Elsner vertritt die Auffassung, dass durch moderate Anpassungen der Schuleinzugsbereiche der Schulstandort Altenhagen gestärkt werden könne. Im Übrigen halte er es nicht für sinnvoll, Schulstandorte allein auf der Grundlage von Schülerzahlen zu beurteilen. Grundsätzlich sollten seines Erachtens die geleistete pädagogische Arbeit und die dieser Arbeit zugrunde liegenden Konzepte (Schulprofil etc.) im Vordergrund stehen.

Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) schließt sich der von Herrn Dr. Elsner

getroffenen Aussage an. Der Schulstandort Altenhagen müsse eigenständig erhalten bleiben.

Herr Wäschebach teilt diese Auffassung und sieht in der Festlegung entsprechender verbindlicher Schuleinzugsbereiche die Möglichkeit, den Schulstandort Altenhagen dauerhaft zu sichern.

Den Schulstandort Milse sehen weder Herr Dr. Elsner, Herr Wäschebach noch Frau Kreye gefährdet.

#### *Grundschule Heeperholz / Grundschule Oldentrup*

Frau Kreye verweist auf die den Bezirksvertretungsmitgliedern vorliegenden Stellungnahmen der Schulen und die in den Stellungnahmen zu den unterschiedlichen Schulprofilen getroffenen Aussagen. Sie vertrete nachdrücklich die Auffassung, dass der Elternwille bei der Frage, welche schulorganisatorischen Maßnahmen zu treffen seien, zwingend berücksichtigt werden müsse. Ein Schulverbund sei insofern abzulehnen. Darüber hinaus müsse die Grundschule Oldentrup künftig wieder über eine eigenständige Schulleitung verfügen. Die zu beobachtenden rückläufigen Schülerzahlen im Bereich der Grundschule Oldentrup sollten ihres Erachtens durch die Bildung verbindlicher Schuleinzugsbereiche aufgefangen werden. Dabei könne auch die Einbeziehung des Schulstandortes Am Homersen - der weiterhin eine sehr hohe Schülerzahl aufweise - hilfreich sein. Ihres Erachtens sei es wichtig, den unterschiedlichen Schulprofilen angemessen Rechnung zu tragen.

Herr Dr. Elsner begrüßt, dass sich offenbar alle Fraktionen der bereits in der Vergangenheit von der CDU-Fraktion vertretenen Position hinsichtlich des eigenständigen Erhaltes der Grundschulstandorte anschließen. Er beantragt vor diesem Hintergrund, dass alle Grundschulstandorte im Stadtbezirk eigenständig erhalten werden und darüber hinaus die Schulleitungsstelle in der Grundschule Oldentrup umgehend wieder zu besetzen sei. Darüber hinaus seien schwächere Standorte durch eine moderate Anpassung der Schuleinzugsbereiche zu stärken.

Bezirksbürgermeister Sternbacher fasst die Diskussion zusammen und bittet im Anschluss um Abstimmung über den von Herrn Dr. Elsner formulierten Antrag.

Es ergeht folgender

#### **B e s c h l u s s:**

**Alle Grundschulstandorte im Stadtbezirk Heepen sind eigenständig zu erhalten.**

**Die Schulleitungsstelle der Grundschule Oldentrup ist umgehend zu besetzen.**

**Im Rahmen moderater Anpassungen der Schuleinzugsbereiche sind schwächere Schulstandorte zu stärken.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 13.10.2011 - öffentlich - TOP 14 \*

---

**Zu Punkt 15**    **Änderung der Gemeindegrenzen aufgrund des  
Flurbereinigungsverfahrens Vinnen II**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2981/2009-2014

Ohne Aussprache ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

**Die Bezirksvertretung Heepen stimmt der Änderung der Gemeindegrenzen gem. § 58 (2) Flurbereinigungsgesetz zu.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 13.10.2011 - öffentlich - TOP 15 \*

---

**Zu Punkt 16**    **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der  
Verwaltung zum Sachstand**

Herr Daube informiert darüber, dass zur Sitzung keine entsprechenden Punkte vorliegen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 13.10.2011 - öffentlich - TOP 16 \*

---

---

---

Holm Sternbacher  
Bezirksbürgermeister

Herbert Lötze  
Schriftführer